

# Löhner Anzeiger

Telephon: Amt Lahn Nr. 24.

Lokalblatt für Lahn und Umgegend.

Telephon: Amt Schönau Nr. 10.

Druck und Verlag von Franz Beuchel in Schönau (Rahbach). — Für den Inhalt verantwortlich: Franz Beuchel, Schönau (Rahbach).

Ausgabestelle und Inseraten-Aannahme in der Filiale Goldbergerstrasse Nr. 55 in Lahn und in der Buchdruckerei von Franz Beuchel in Schönau (Rahbach).

## Die Ausgabe

erscheint wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich durch Boten 90 Pf., monatlich 30 Pf. frei Haus. Postabonnements 90 Pf., mit Abtrag 1,14 Mk.

## Ämtliches Publikations-Organ

der Städt. Behörden und des königlichen Amtsgerichts.

## Inserationspreis

für Lahn und Umgegend 10 Pf. für die 1spaltige Zeile oder deren Raum, für auswärtige Inserate 12 Pf. pro Zeile. Annahmeschluss Montag, Mittwoch und Freitag mittags 12 Uhr.

Nr. 4.

Lahn, Sonnabend, den 11. Januar 1908.

5. Jahrgang

## Tages-Nachrichten.

Unser Kaiser hat auch am Mittwoch wieder, nach einem Spaziergange mit der Kaiserin im Tiergarten, dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Schön und danach dem Reichskanzler Besuche abgestattet. Im Schlosse hörte der Monarch den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts v. Zukanus und empfing den neu ernannten Gesandten von Columbia Dr. Ponce. — Das Schloß in Niederschönhausen, einem nördlichen Vororte Berlins, erhält binnen wenigen Tagen zum zweiten Male den Besuch der Kaiserin. Das Schloß, das der Gemahlin Friedrichs des Großen als Wohnsitz gedient hatte, soll neu ausgebaut werden und zur Residenz eines der kaiserlichen Prinzen eingerichtet werden. — Auch am Donnerstag besuchte der Kaiser wie in den letzten Tagen, den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und den Reichskanzler. Im Schlosse hörte der Monarch militärische Vorträge. Am heutigen Freitag gedenkt der Kaiser in der Nähe von Berlin an einer Hasenjagd teilzunehmen.

Berlin. Der Gesetzentwurf über das Reichsbranntweinmonopol bildet bereits den Beratungsgegenstand der zukünftigen Ausschüsse des Bundesrats. An der Zustimmung des Bundesrats zu der Vorlage in der einen oder in der anderen Gestalt ist nicht zu zweifeln. — Gleichzeitig mit dem Bekanntwerden dieser Entschlüsse war die „Frankf. Ztg.“ in der Lage, die Grundzüge des neuen Gesetzentwurfs mitzuteilen. Danach soll der Entwurf den landwirtschaftlichen in einseitiger Weise mehr entgegenkommen als denen von Handel und Industrie. — Der Monopolbetrieb des Reiches soll in der Weise vor sich gehen, daß das Reich den Brennwein vom Brenner kauft, ihn reinigt und ihn dann an den Händler, Destillateur oder Schankwirt weiter gibt. Nur die ganz kleinen Brennereien, bis zu 10 Hektoliter Jahreserzeugung, sollen aus dem Monopol ausgeschaltet sein und über ihre Ware frei verfügen können. Bei der Bemessung des Brennweineinkaufspreises, den das Reich den landwirtschaftlichen Brennern zahlt, soll ein Brennweingrundpreis zu Grunde gelegt werden, der so hoch sein soll, daß er die durchschnittlichen Herstellungskosten des Alkohols in gut geleiteten landwirtschaftlichen Kartoffelbrennereien mittleren Umfangs deckt, wobei die Schlempe kostenfrei dem Brennereibesitzer verbleibt. Der Brennweineinkaufspreis wird nun nicht für jedes Quantum gezahlt, sondern nur für die Menge, die sich innerhalb des „Brennrechts“ jeder Brennerei hält, d. h. des Kontingents, das jedem Betriebe nach bestimmten Grundfähnen zuertheilt werden soll. Alle Einkaufspreise sind gestaffelt, den süddeutschen Brennereien soll ein dauernder Preisaufschlag von 5 Mk. garantiert werden. Die Brennereien, die bisher am Kontingent beteiligt waren, sollen als Ersatz für die wegfallende Liebesgabe zehn Jahre auf jedes Hektoliter ihres Alkohols 10 Mk. gut geschrieben erhalten.

Berlin. Die Budgetkommission des Reichstags setzte die vor der Weihnachtspause abgebrochene Beratung über den Marineetat fort. Aus der Debatte ist folgendes hervorzuheben: Die Verkürzung der Lebensdauer unserer Schlachtschiffe hat zur Folge, daß bei dem bisherigen Tilgungssatze von 6 Prozent des Flottenwertes eine volle Amortisation nicht mehr eintritt und ein Teil der Kostenlast im Schuldbuch des Reiches verbleibt. Das Zentrum hatte das Verlangen gestellt, sofort die entsprechende Erhöhung einzusehen, was aber den Fehlbetrag des Jahres um 30 Millionen erhöhen würde. Diese Forderung hielt es in einem Antrage jetzt aufrecht, der jedoch abgelehnt wurde. Darauf einigte man sich auf eine Resolution der freien Willigen Volkspartei, wonach tunlichst bald neben den vollen Kosten für Armierung ein der Verkürzung des Lebensalters der Linienchiffe entsprechender höherer

Prozentsatz des Wertes der Flotte auf das Ordinarium übernommen werden soll.

Berlin. Die Reform des Fernsprechgebührentarifs wird im großen und ganzen in der Gestalt an den Reichstag gelangen, die ihm in der bekannten Denkschrift des Reichspostamts gegeben worden war. Die Konferenz des Staatssekretärs Kräfte mit Vertretern von Handel und Industrie, Landwirtschaft und Handwerk hat sich im wesentlichen mit den Vorschlägen des Reichspostamts einverstanden erklärt und lediglich eine einheitliche Normierung der Einzelgesprächsgebühr auf 4 Pfennige empfohlen. Außerdem wäre nur noch erwähnenswert, daß der Staatssekretär unentgeltliche telephonische Zusprechung angekommener Telegramme verhielt.

München. Der Verteidiger der wegen Anklage zur Ermordung ihres eigenen Gemanns in Untersuchungshaft befindlichen Majorin v. Schönebeck stellte den Antrag, seine Klientin zur Beobachtung ihres Geisteszustandes der Provinzialirrenanstalt Kottau zu überweisen. Dieser Antrag kann die Ueberzeugung weiter Kreise nicht erschüttern, daß eine Frau, die so fein ausgeklügelte Verbrecherpläne schmiedet, doch wohl zurechnungsfähig sein muß. — Die Verhandlung gegen den Hauptmann von Götten wegen Ermordung des Majors v. Schönebeck in Alenstein findet Ende dieses Monats vor dem Kriegsgericht der 37. Division statt.

München. Prinz Rupprecht von Bayern hat durch den Münchener Hofbericht feststellen lassen, daß seine Unterredung mit General Keim eine Aenderung der z. Z. bestehenden Lage im Flottenverein nicht herbeigeführt hat.

Oldenburg. Der Großherzog von Oldenburg erklärte laut „Leipz. N. N.“, er werde sein Landesprotectorat über den Flottenverein niederlegen, falls die Krise nicht durch den Rücktritt Keims erledigt würde. Diese Erklärung wurde nicht privatim abgegeben, ihre amtliche Veröffentlichung steht vielmehr unmittelbar bevor.

Rom. Die republikanischen und sozialistischen Vereine Roms beschloßen für den 22. d. M. eine große Kundgebung gegen einen etwaigen Besuch des Zaren.

Rom. In Rom wurde König Viktor Emanuel von Italien bei der Enthüllung des Denkmals seines Großvaters von Arbeitern umringt, die nach Brot schrien. Der König wurde rasch zu seinem Wagen geleitet und der Kutscher fuhr eilends davon.

Paris. Im 4. Jäger-Regiment zu Epinat wurde eine Untersuchung eingeleitet gegen einen Hauptmann, der seinen Leuten befahl, am Sonntag in die Kirche zu gehen und sie verhinderte, in gewohnter Weise das Nationalfest zu feiern. — In Fontainebleau verließen 40 Soldaten des 7. Dragoner-Regiments, denen der Neujahrskurlaub verweigert worden war, eigenmächtig die Kaserne und kehrten erst nach 3 Tagen dahin zurück. Auch in Bouay ereigneten sich schwere militärische Ausschreitungen.

Teheran. Die persische Volksvertretung hat es nun doch erreicht, daß ihr die in Teheran beglaubigten Vertreter des Auslandes wenigstens ihre moralische Unterstützung liehen. Den stärksten Beifall fand die im Parlament verlesene Erklärung des deutschen Gesandten, die den Glückwunsch Deutschlands zur Beilegung der innerpolitischen Krise in Persien enthält. Mit Argwohn verfolgen die dem Parlamentarismus zuneigenden Kreise Persiens dagegen die Haltung Rußlands, von dem man befürchtet, es werde sich für seine diplomatische Niederlage im Reiche des Schahs durch eine Grenzverletzung rächen. Die Ansammlung russischer Truppen in Tabriz bestärkt diesen Verdacht.

Madrid. Eine spanisch-französische Verbrüderung scheint sich gegenwärtig in Madrid zu vollziehen. Bestimmte Abmachungen trifft der dort weilende fran-

zösische Minister des Auswärtigen Pichon noch nicht, aber er bereitet das vor, was der Präsident Fallières und der Ministerpräsident Clemenceau bei ihrem demnächstigen Besuche in der spanischen Hauptstadt erreichen wollen.

Aus Deutsch-Ostafrika ist über das Verschwinden des Sanitätsunteroffiziers Brückner berichtet worden. Die amtlichen Nachforschungen haben zu der einwandfreien Feststellung geführt, daß Brückner von einem Eingeborenen erschossen worden ist. Der Mörder ist verhaftet worden und hat sein Verbrechen bereits eingestanden. Brückner soll ihm einen Hinterlader abzunehmen versucht haben und bei dem Kampf um die Waffe getötet worden sein.

## Deutscher Reichstag.

Die erste Sitzung im neuen Jahre am Mittwoch brachte eine Begrüßung durch den Präsidenten und die Mitteilung, daß die Anfrage wegen des hohen Reichsbank-Zinsfußes am 14. Januar beantwortet werden soll. Der noch aus dem alten Jahre unerledigte Zentrumsantrag auf Erhaltung und Förderung des Handwerkerstandes und des kaufmännischen Mittelstandes wurde nach dem Schlusswort des Abg. Zil (Ztr.) angenommen. Es folgte die Beratung des konservativen Antrages, einen Gesetzentwurf über die Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung der Privatbeamten dem Reichstage bei seinem nächsten Zusammentritt vorzulegen. Abg. v. Richthofen begründete den Antrag und forderte die Schaffung einer Sonderkasse. Abg. Stresemann (natlib.) schloß sich ihm an. Auch Abg. Linz (frkons.) war für möglichste Beschleunigung der Angelegenheit. Notwendig sei aber eine Einigung unter den Privatbeamten selbst. Abg. Sittart (Ztr.) glaubte bereits aus Äußerungen eines Führers der Minderheit auf Einigkeit schließen zu können. Hoffentlich komme das gewünschte Gesetz noch im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts zu Stande. Die Abg. Dr. Mugdan (frf. Volksp.) und Schmidt (Soz.) teilten den Standpunkt der Vorredner. Ohne schon einen Beschluß zu fassen, vertagte man sich.

Auch die Donnerstagssitzung verlief in beschaulicher Ruhe. Die erste Lesung der Novelle zum Unterstützungswohnungs-gesetz leitete Staatssekretär v. Bethmann ein. Er nahm Bezug auf die bereits vor drei Jahren vorgelegte Novelle und legte dar, weshalb die verbündeten Regierungen den damals vom Reichstage vorgenommenen Aenderungen die Zustimmung verweigerten. Als durchaus notwendig bezeichnete es der Staatssekretär, die Abwanderungsgemeinden in ihrer Armenunterstützungspflicht zu entlasten. Abg. von Gamp (frkons.) stand der Vorlage sympathisch gegenüber, hielt es aber für eine Härte, daß der Beschäftigungsort des Arbeiters auch für die Familie haften soll. Abg. Herold (Ztr.) hatte ähnliche Bedenken. Abg. v. Brockhausen (kons.) fand, daß die früheren Beschlüsse des Reichstags nicht genügend geprüft worden seien. Geh. Rat Hally teilte mit, daß das Gesetz auch auf das Reichsland ausgedehnt werden soll. Abg. Horn (natlib.) setzte seine Hoffnungen auf die Kommission, die verbessernd wirken müsse. Abg. Raden (Soz.) nannte die Vorlage Flickarbeit. Am zweckmäßigsten wäre die Schaffung von Gesamtarmenverbänden. Geh. Rat Fischer wies Angriffe des Vorredners